

1.

Seit Wochen tobt in Libyen ein grausamer Bürgerkrieg mit NATO-Beteiligung aus der Luft. Hintergrund und Ursache ist das autokratische Regime des Oberst Ghaddafi, das alle Forderungen nach gesellschaftlichen, sozialen und demokratischen Reformen stets abgelehnt und unterdrückt hat. Im Zuge des Erstarken der Proteste und der Aktivitäten der Reformkräfte in den arabischen Ländern, vor allem in Nordafrika, haben sich auch in Libyen die Menschen - zunächst gewaltfrei - erhoben, um soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Partizipation einzufordern und - als das ohne jeden Erfolg blieb - das Ghaddafi-Regime zum Rücktritt aufzufordern. Die Antwort des Regimes war grausames Vorgehen mit militärischer Gewalt, gegen die sich die Reformkräfte ebenfalls mit militärischer Gewalt zur Wehr setzten. So entwickelte sich ein Bürgerkrieg, dessen Ausgang zu Zeit noch völlig unabsehbar ist, mit all seinen schrecklichen Folgen vor allem für die Zivilbevölkerung.

Die Antwort der Völkergemeinschaft auf die wachsende Eskalation war die UN-Sicherheitsratsresolution 1973, die zu militärischem Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung ermächtigte. Dieses erfolgt seit Wochen durch die NATO-Einsätze aus der Luft.

2.

Die **internationale Intervention** war **völkerrechtlich** durch die UNO-Resolution **gedeckt**, jedoch von Anfang an **zumindest umstritten**:

- ◆ **moralisch**, da Menschenrechte nicht mit menschenrechtsverletzenden militärischen Mitteln verteidigt werden können,
- ◆ **politisch**,
 - da nach jahrzehntelanger Unterstützung des Ghaddafi-Regimes von Seiten der intervenierenden Mächte keinerlei Verhandlungsversuche und Sanktionsandrohungen unternommen wurden, als noch Zeit dafür war, wohl auch, um die libyschen Erdöl-Produktion und die Unterstützung Ghaddafis bei der EU-Flüchtlingspolitik nicht zu gefährden,
 - weil man offensichtlich die Lage in Libyen nach den relativ unblutigen Erfolgen der Reformkräfte in Tunesien und Ägypten völlig falsch einschätzte,
 - weil Zielsetzung, Zusammensetzung und Hintergrund der sog.Rebellen unklar ist,
 - weil man die mittel- und langfristigen Konsequenzen für die arabische Welt und Afrika überhaupt nicht reflektierte und einschätzte
- ◆ **sogar militärisch**,
 - da zumindest völlig unklar war, wie Flugverbotszone und militärische Unterstützung ausschließlich aus der Luft überhaupt zu Erfolgen führen sollte, was über kurz oder lang zum Einsatz von Bodentruppen führen muss,
 - weil man die – vom Westen bis 2010 gefütterte – militärische Stärke des Regimes falsch einschätzte,
 - weil man die Verhältnisse in einem großen Flächenstaat mit riesigen Wüstenanteilen nicht berücksichtigte.

3.

Mittlerweile ist die NATO-Intervention in Libyen in doppelter Weise im **Konflikt mit dem internationalen Völkerrecht**:

Das vom Sicherheitsrat legitimierte Ziel des Schutzes der Zivilbevölkerung ist durch die NATO zum Ziel der Regime-Beseitigung („Change“) verändert worden, was dem klaren Verbot einer einseitigen Einmischung in einem Bürgerkrieg widerspricht. Der Schutz der Zivilbevölkerung gerät im Gegenteil mehr und mehr in den Hintergrund, wie die ständig steigende Zahl der zivilen Opfer zeigt.

Darüberhinaus höhlt dieser NATO-Einsatz mit behaupteter UN-Legitimation jede Glaubwürdigkeit einer völkerrechtlich legitimierten und erforderlichen Intervention der Völkergemeinschaft aus: Warum nur in Libyen, und nicht bei den fast gleichzeitigen grausamen Regimes im Jemen, in Bahrain, vorallem in Syrien und und und...

Dadurch wird der Verdacht genährt, dass der Westen unter dem Deckmantel der UN-Legitimation in Wirklichkeit aus ganz anderen Gründen (ökonomische Interessen und geostrategische Macht) mit Waffengewalt interveniert. So verkommt die große politische Errungenschaft nach dem 2. Weltkrieg, das in der UN-Charta festgelegte internationale Völkerrecht mit klar umrissenen Möglichkeiten der militärischen Intervention der Völkergemeinschaft, zur Beliebigkeit.

4.

Aus all dem ergeben sich für uns folgende **Forderungen**:

- Die **militärische Intervention** der NATO in Libyen muss **so rasch wie möglich beendet** werden. Wir fordern eine **sofortige Waffenruhe und die Aufnahme von Verhandlungen** zwischen dem Regime und den Reformkräften mit UN-Unterstützung
- Sofortige **Handels-Sanktionen** und **Verbot von Rüstungsexport** nach Libyen
- **Aufhebung der menschenverachtenden EU-Flüchlingspolitik**, stattdessen umfassende Hilfen für Flüchtlinge, vor allem aus Nordafrika
- **Humanitäre Hilfe** für die unmittelbaren Kriegsfolgen sowie **Unterstützung beim Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft** durch EU und UN

Situation und Entwicklung in Libyen muss darüberhinaus Anlass für uns sein, wieder grundlegende **Prinzipien für die internationale, Entwicklungs- und Friedenspolitik der SPD** einzufordern, die in letzter Zeit in Vergessenheit geraten scheinen:

- Aufbau einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen **Weltwirtschaftsordnung** und einer darauf ausgerichteten **Entwicklungspolitik**
- Uneingeschränkter Einsatz für **Menschenrechte, soziale Rechte und Demokratie**,
- **Verbot der politischen und ökonomischen Unterstützung diktatorischer, miliutaristischer, rassistischer, faschistischer Regimes** in jeder Form
- **Weltweite Abrüstung und Verbot von Rüstungsexporten**